

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
16 / 2009

Neue Fragen an den Rechtsstaat

Wie begegnen Politik, Recht und Exekutive
aktuellen Friedensgefährdungen?

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2008

■ MUSICA PRO PACE 2008

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

V&R unipress

Vor einer Eskalation in Afghanistan? Deutscher Auslandseinsatz auf dem Prüfstand

Podiumsveranstaltung im Rathaus der Stadt
am 11. Juni 2008

<i>Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik</i>	Leiter der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik
<i>Bernhard Gertz</i>	Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes, Bonn
<i>Dr. Conrad Schetter</i>	Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn
<i>Prof. Dr. Roland Czada</i>	Universität Osnabrück – Gesprächsleitung

Roland Czada: Was den Konflikt in Afghanistan betrifft, so wird in der Öffentlichkeit aktuell u.a. diskutiert die Frage: Ist das überhaupt ein ›Krieg‹? Ein *Staatenkrieg* ist es nicht, ein *Bürgerkrieg* ebenso wenig, denn am Afghanistan-Einsatz sind fast 40 Nationen beteiligt. Dabei sind die mutmaßlichen Waffenlieferanten der aufständischen Taliban – Pakistan, Iran, Russland, China und andere Interessenten – nicht mitgezählt. Es ist also ein internationaler Konflikt von recht großem Ausmaß. Bedenkt man die Zahl der beteiligten Staaten, so kommt man kaum umhin, die Auseinandersetzung als einen *Weltkrieg* zu bezeichnen, und so titelte auch *Der Spiegel* vor wenigen Wochen ohne Fragezeichen: *Ein dritter Weltkrieg*.

Ich meine, es ist der Schauplatz eines neuen Systemkonflikts. Er gleicht nicht dem ›Kalten Krieg‹ zwischen Ost und West, sondern erscheint als ein globaler Konflikt zwischen den Werten und Lebensweisen moderner liberal-demokratischer Industrieländer wie des unseren und einigen an ihren Traditionen festhaltenden, der Kultur des Westens feindlich gegenüberstehenden Gesellschaften. Es geht offenbar nicht um einen klassischen Krieg oder einen Konflikt zwischen Territorien.

Die Fragen sind: Wer kämpft in Afghanistan eigentlich gegen wen? Wer sind die Konfliktbeteiligten außer den beteiligten Nationen und den Aufständischen? Und um was geht es überhaupt?

Dieser Konflikt wird unter Einsatz massiver Gewaltmittel in einem der ärmsten Länder der Welt ausgetragen. Afghanistan ist ein Land, das seit Jahrhunderten im Innern zerstritten und vom Bürgerkrieg gezeichnet ist. Gleichzeitig wehrte es erfolgreich wie kein anderes Land Kolonialismus und Fremdherrschaft ab. Gegen die Briten, gegen die Russen wurde gekämpft wie jetzt gegen die NATO. Diese sehr verschiedenen Akteure mögen aus Sicht der afghanischen Kämpfer in einer historischen Linie stehen. Zweimal waren sie erfolgreich und viele Experten sagen, sie werden auch ein drittes Mal erfolgreich sein. Alle, die bisher dort intervenierten, mussten früher oder später geschlagen abziehen. Auch warum diese Aussicht besteht, wollen wir unsere Experten fragen, die uns ihre Einschätzung der Lage präsentieren.

Horst Teltschik: Ich freue mich, dass Sie in Osnabrück ein so wichtiges außen- und sicherheitspolitisches Thema diskutieren. Mein Eindruck ist, dass in Deutschland nur ein relativ geringes Interesse an außen- und sicherheitspolitischen Themen besteht. Die Bereitschaft, sich mit der Welt zu befassen, ist in Deutschland doch sehr eingeschränkt. Auch im Bundestag werden solche Fragen viel zu wenig diskutiert.

Ein Kernproblem gerade im Hinblick auf Afghanistan ist, dass die Politik viel zu wenig öffentlich erklärt, warum wir dort sind. Das Land ist nicht nur unter dem Gesichtspunkt klassischer Kriegführung und Sicherheitspolitik zu betrachten, sondern auch als Ausdruck einer neuen Bedrohung. Die 44. Münchner Sicherheitskonferenz stand unter dem Generalthema *Eine Welt in Unordnung – veränderte Machtverhältnisse – fehlende Strategien?* Tatsächlich finden wir heute eine sehr komplexe Welt vor – mit zahllosen Kriegen seit 1990. Damals durfte ich als Mitglied der Bundesregierung die Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands begleiten. Viele Menschen, insbesondere die Deutschen, erwarteten eine ›Friedensdividende‹ und einen dauerhaften Frieden. Schon 1991 mussten wir erleben, wie Jugoslawien auseinanderbrach und neue Kriege entstanden, die schließlich dazu zwangen, im Kosovo militärisch einzugreifen. Zum ersten Mal nach 1945 wurden hier deutsche Soldaten in einem Konflikt eingesetzt. Seither waren jedes Jahr zahllose Bürgerkriege, ganz klassische kriegerische Auseinandersetzungen und neue Formen der Bedrohung zu verzeichnen, und dazu gehört bis heute der Terrorismus.

Beim jüngsten Besuch des amerikanischen Präsidenten *George Bush* in Deutschland war in den Medienberichten eine gewisse Häme spürbar, nach dem Motto: ›endlich geht er‹ oder ›endlich werden wir ihn los‹. Der

ganze Widerwille gegen unseren wichtigsten Partner wurde sichtbar. Man sollte bedenken, dass wir einen völlig anderen Präsidenten erlebt hätten und eine ganz andere amerikanische Politik, wenn die Terroranschläge des 11. September 2001 in New York und Washington nicht stattgefunden hätten. Seitdem hat nicht nur die amerikanische Administration, sondern ein Großteil der Amerikaner das Gefühl, sich im Krieg gegen einen global agierenden Terrorismus zu befinden. Es war Bundeskanzler *Gerhard Schröder*, der den USA sofort die »uneingeschränkte Solidarität« zusagte. Dies war ein sehr vollmundiges Wort; in einem Punkt hat Schröder jedoch Wort gehalten, und das war Afghanistan.

Bereits innerhalb Monatsfrist intervenierten die amerikanischen Truppen, übrigens ohne Konsultationen innerhalb der NATO. Ein Vier-Sterne-General der US-Armee vertraute mir damals an: »Wir waren in 18 Tagen in der Lage, militärisch zu intervenieren. Hätten wir das in der NATO beraten, hätten wir Wochen, Monate gebraucht, um einen Konsens zu finden, um letztlich dann doch alleine zu intervenieren«. Dies ist das Dilemma der NATO: Es ist schwierig, einen solchen Konsultationsprozess durchzuführen, wenn man rasch entscheiden muss.

Im Unterschied zum Kosovokrieg ist der Afghanistan-Einsatz von den Vereinten Nationen und damit völkerrechtlich sanktioniert worden. Schon im Dezember 2001 erteilte der UN-Sicherheitsrat ein Mandat zum Einsatz der internationalen Einsatztruppe in Afghanistan.

Warum aber wurde dort interveniert? Erstens, weil es Ausbildungslager von *Al-Qaida* gab, in denen die Terroristen, die die Anschläge in den USA ausführten, ausgebildet worden waren. Sie hatten sich dann zeitweise in Deutschland aufgehalten, bevor sie die Terrorakte verübten. Zweitens, weil das *Taliban*-Regime, das seit 1996 in Afghanistan an der Macht war, den *Al-Qaida*-Kräften Unterschlupf und Schutz gewährte. Wäre all das nicht geschehen, bestünde in Afghanistan heute noch ein Taliban-Regime. Weiterhin konnte man im Fernsehen erfahren, wie Taliban-Männer ihre Frauen auf der Straße prügeln oder wie Mädchen grundsätzlich nicht in die Schulen gesandt wurden. Das dort bestehende Schreckenssystem sollte man also nicht vergessen. Rund fünf Millionen Flüchtlinge verließen in der Taliban-Zeit das Land; sie kehren jetzt zum Teil zurück. Die Operation *Enduring Freedom* sollte nun politische Stabilität mit dem Ziel der Demokratie nach Afghanistan bringen. Fast die ganze Welt hat sich hinter die USA gestellt. Heute agieren 40 Staaten in Afghanistan.

Die historischen Erfahrungen anderer, die intervenierten: Die Russen verloren 15.000 Soldaten in Afghanistan. In dieser Zeit verloren auch 1,3 Millionen Afghanen ihr Leben. Und es war *Michail Gorbatschow*, der dies beendete – wissend, dass dies ein Kampf ohne Ende gewesen wäre.

Die Bundesrepublik engagierte sich von Anfang an sehr in Afghanistan. Die erste Afghanistan-Konferenz fand Ende 2001 auf dem Petersberg in Bonn statt. Bundesaußenminister *Joschka Fischer* stellte sich an die Spitze, um Hilfe für Afghanistan einzuwerben. Im Frühjahr 2008 fand in Paris eine weitere Afghanistan-Konferenz statt, bei der sich Vertreter von 80 Staaten trafen, um über finanzielle Hilfen für Afghanistan zu beschließen. Man sollte allerdings wissen, dass von der Hilfe, die bisher für Afghanistan geleistet worden ist, nur ein Fünftel dort angekommen ist; von 100 Dollar kommen also nur 20 Dollar an. Nun wurden 50 Mrd. Dollar bewilligt. Bleibt es bei dem bekannten Verhältnis, werden 10 Mrd. bei den Afghanen ankommen. Wo bleibt der Rest des Geldes? Hier wird immer häufiger auf die NGOs und die Hilfsorganisationen verwiesen, die einen Großteil dieses Geldes für sich selbst verwendeten.

Drei Ziele wurden in Afghanistan angestrebt und werden es weiterhin: Das erste heißt *Sicherheit und Stabilität*. Das zweite Ziel heißt *Rechtsstaatlichkeit und Demokratie*. Und das dritte ist *Entwicklung*. Es war Bundesverteidigungsminister *Peter Struck*, der im Jahr 2002 verkündete: »Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt«. Dies ist eine sehr weitreichende Aussage. Ich war überrascht, wie selbstverständlich Politik und Bürger diese Aussage hinnahmen und nicht hinterfragten. Von Struck wurde noch eine zweite Äußerung bekannt, die niemals diskutiert worden ist: Er sagte einmal, die Bundeswehr müsse »weltweit einsatzfähig« sein. Muss sie das wirklich? Gelten unsere Interessen weltweit? Wir haben weltweite Wirtschaftsinteressen, das ist klar. Aber ob die Bundeswehr in Lateinamerika eingesetzt werden sollte? Sie war ja schon in Indonesien im Einsatz, ist also schon weit herumgekommen. Bedenkt man aber einmal die vielen Schauplätze, an denen die Bundeswehr bereits international eingesetzt wurde – z.B. im Kongo –, dann frage ich mich, ob dem wirklich eine Strategie zugrunde liegt.

Wissen wir eigentlich wirklich, warum wir das alles machen? Marine-Schiffe patrouillieren vor dem Libanon – ein schöner Ausflug ins Mittelmeer, bei dem bisher kein einziges Schiff mit Waffen gefunden wurde.

Ich habe einmal den Verteidigungsminister gefragt, warum die Politik den Bürgern nicht erklärt, wieso Soldaten in den Kongo geschickt werden, aber nicht nach Darfur? Warum nicht nach Simbabwe? Ich erwarte von der Politik eine Erklärung, ob Afrika für uns von strategischem Interesse ist, und falls ja, warum? Sind für uns wirtschaftliche Interessen ausschlaggebend wie auch für China, die USA oder Indien? Oder wollen wir das Problem wachsender Migration nach Europa durch Entwicklung und Stabilität unter Kontrolle bringen? Man muss eine Strategie und entsprechende Begründungen verlangen. Vieles geschieht zu punktuell und zufällig,

so dass die Bürger nicht verstehen, warum wir jetzt in Afghanistan, im Kongo, vor dem Libanon, am Horn von Afrika, in Dschibuti usw. sind.

Seit 2005 hat sich nun in Afghanistan die Sicherheitslage deutlich verschlechtert. Allein für 2007 haben die NATO-Truppen 6.000 kriegerische



Bernhard Gertz, Conrad Schetter, Horst Teltschik

Zwischenfälle in Afghanistan registriert. Das waren Selbstmordanschläge, Bomben, Raketenüberfälle, bei denen oft Zivilisten als menschliche Schutzschilde genutzt wurden. Schon 2002 forderte der NATO-Generalsekretär *George Robertson* auf der Münchner Sicherheitskonferenz: »*What we need, are capacities, capacities, capacities.*« Das hieß, wir brauchen militärische Ressourcen, Ausrüstung, um mit diesem Konflikt fertig zu werden. Generalsekretär *Jaap de Hoop Scheffer* fordert nun sieben Jahre später das Gleiche. Man fragt sich, was in der Zwischenzeit getan wurde.

Hinzu kommt, dass wir in Afghanistan unterschiedliche Sicherheitslagen haben. Die Bundeswehr ist im Norden eingesetzt, wo die Gefährdungslage zunimmt. Die größten Konfliktpotentiale sind aber im Süden, wo die militärischen Einheiten nicht ausreichend sind. Warum sind wir nicht bereit, auch im Süden Soldaten einzusetzen? Ein amerikanischer Verteidigungsminister sagte zu Recht in München, dass es nicht sein könne, dass die einen die Hauptlast tragen und die größten Gefährdungen mit der höchsten Todesrate auf sich nehmen, während andere sich ausschließlich

in den ruhigen Zonen aufhalten. Doch auch in diesen Zonen ist es nicht mehr so ruhig. Dort nimmt die Gewalt zu. Generalinspekteur *Kujat* sagte, die NATO könne zwar militärisch nicht verlieren, aber sie könne allein militärisch auch nicht gewinnen.

Wenn aber der Süden das größte Konfliktpotential bietet und die NATO dort militärisch scheitert, scheitert am Ende der ganze Einsatz in Afghanistan. Deshalb kann man nicht den Norden ›retten‹ und den Süden im Zweifelsfall zum Teufel gehen lassen.

40 Staaten sind in Afghanistan engagiert – soll man es am Ende den Engländern, den Amerikanern und Kanadiern überlassen, den militärischen Erfolg herbeizuführen? Sind nicht auch andere NATO-Staaten verpflichtet, solidarisch zu handeln? Politisch ist das sehr schwierig, denn jeder Toter ist einer zu viel. Aber es ist *Krieg* in Afghanistan.

Kenneth Roth, Chef von *Human Rights Watch*, einer der wichtigsten humanitären Nichtregierungsorganisationen, sagte bei der Münchner Sicherheitskonferenz in einem Interview:

»Wenn Afghanistan eine erneute verheerende Machtübernahme durch die Taliban verhindern soll, braucht es die aktive Unterstützung von allen NATO-Mitgliedern. Dafür ist beides nötig: Sowohl mehr Truppen als auch eine Beseitigung dieser schädlichen ›Vorbehalte‹, die Truppenentsendungen auf die sichersten Teile des Landes zu beschränken. Dadurch wird verhindert, dass die Soldaten dahin gehen, wo sie am meisten gebraucht werden. Als eines der größten und mächtigsten NATO-Mitglieder, das eine Führungsrolle in der NATO haben sollte, müsste Deutschland in dieser Hinsicht seinen Teil leisten.«¹

Hinzu kommt, dass der Aufbau der afghanischen Armee viel zu langsam vorangeht. Die afghanische Polizei soll von der Europäischen Union ausgebildet werden. Es sind aber weniger als 200 Personen vor Ort, die die Polizei ausbilden. Die Bundesregierung hatte sich bereit erklärt, eine Polizeiakademie aufzubauen. Man musste erfahren, wie lange es dauert, bis eine solche Akademie steht, bis das Lehrpotential dort ist, bis die Ausbildung beginnt. Unterdessen verschärft sich die Sicherheitslage. Zöge die NATO ab, hätte dies erhebliche Konsequenzen für die Atlantische Allianz als Ergebnis ihres ersten militärischen Einsatzes. Man würde sagen, wenn die NATO sich engagiert, scheitert sie. Damit wäre die Organisation vermutlich nicht am Ende, aber wahrscheinlich künftig nicht mehr handlungsfähig. Sollte sich Deutschland im Herbst 2008 gegen ein weiteres Engagement in Afghanistan entscheiden, würden wir als wichtigstes europäisches Mitglied im Prinzip unsere Mitgliedschaft im NATO-Bündnis

infrage stellen: Warum sollte jemand in Zukunft auf Deutschland noch Rücksicht nehmen, wenn wir uns nicht als solidarisch erweisen würden.

Für die *Süddeutsche Zeitung* war der Politikwissenschaftler *Dietmar Herz* kürzlich in Afghanistan. Im *SZ-Magazin* schrieb er im Mai 2008:

»Es geht um mehr deutsche Truppen in freier Verfügung als operative Reserve und die Beteiligung an offensiven Kampfhandlungen im ganzen Land. Insbesondere um den Kampf gegen die Taliban im Süden und Osten des Landes. Denn die Mission der NATO kann nur in ganz Afghanistan Erfolg haben. Wenn der Süden fällt, werden auch die Erfolge im Norden zunichte gemacht.«

Fällt aber Afghanistan, so entsteht das nächste Problem in *Pakistan*, einer Nuklearmacht. Unkontrollierbarer Terrorismus aus Afghanistan und Pakistan – das würde den Irak gefährden. Und auch der Iran wird Nuklearstaat. Somit würde der Nahe und Mittlere Osten, eine Region vor unserer Haustür, ein Alptraum. Falls Afghanistan scheitert, fehlt dem Westen jede Resonanz in dieser Region, und es geht in der Tat um die *ganze* Region, vom Libanon über den Nahen und Mittleren Osten bis nach Pakistan. Ein indischer Sicherheitsberater im Ministerrang erläuterte kürzlich, dass die Europäer die Terrorismusströmungen nicht erkennen würden, die aus der Region um Afghanistan und Pakistan in Richtung Europa ausgingen: eine verlief über Irak und Iran, eine andere am Mittelmeer entlang über Algerien und Marokko.

Bisher sind wir in Deutschland vom Terrorismus verschont geblieben. Wenn die drei Terroristen, die im Sauerland festgenommen wurden, den geplanten Anschlag hätten durchführen können, wäre dies einer der größten Anschläge in Europa gewesen. Nichts würde Deutschland so erschüttern wie ein solcher Anschlag. Aber wir sind davor nicht geschützt, und deswegen müssen wir unseren Teil der Verantwortung übernehmen. *Helmut Schmidt* sagte einmal als Bundeskanzler: »Deutschland ist wirtschaftlich ein Riese, aber politisch ein Zwerg«. Das glaubte schon damals niemand. Ein israelisches Sprichwort lautet dagegen: »Mach dich nicht so klein – so groß bist du gar nicht«. Deutschland ist im fünften Jahr in Folge ›Export-Weltmeister‹ geworden. Wir sind auch weiterhin eine der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt. Deshalb erwartet die Welt von uns die Übernahme internationaler Verantwortung. Leider sind wir darauf psychologisch nicht vorbereitet und viel zu wenig dazu bereit.

Conrad Schetter: Ich stimme Herrn Teltschik zu, wenn er sagt: Afghanistan ist ein Thema, das ungern diskutiert wird und dem Politiker gerne ausweichen. Kaum ein deutscher Politiker positioniert sich zum Einsatz im

Süden Afghanistans. Es kursiert lediglich ein vager Begriff von ›Verantwortung‹, und die Politik verweigert klare Antworten. Afghanistan ist ein wichtiges Thema – nicht nur, weil über 3.000 deutsche Soldaten und viele Entwicklungshelfer dort sind, sondern weil das Land zum *Brennglas der Neuordnung der Welt* geworden ist. Die zentrale Frage, wie ›Sicherheit‹ und ›Entwicklung‹ neu definiert werden, wird sich dort entscheiden. Bemerkenswerterweise wird die Abgrenzung zwischen diesen Begriffen gewärtig aufgehoben: In Afghanistan redet keiner mehr von ›Frieden‹, sondern nur noch von ›Sicherheit & Entwicklung‹. Auch ›Frieden & Entwicklung‹ ist Vergangenheit.

Wie definiert sich eine deutsche Außenpolitik innerhalb des Bündnisses und – damit verbunden – wie werden eigene Interessen und Motive definiert? Was die deutschen Interessen in Afghanistan sind, diskutieren Politiker öffentlich nur ungenau. Was aber macht das Land und den Einsatz in Afghanistan so kompliziert?

Seit 2001 nähert sich die westliche Welt dem ›Phänomen Afghanistan‹. Auf der einen Seite entstand mit den abschreckenden Szenarien ›Krieg‹, ›Drogen‹, ›Terror‹ vor unseren Augen ein Bedrohungspotenzial. Solche Horrorszenarien sind unberechtigt, weil sie ein Bild von einer Region zeichnen, in dem vom Nahen Osten bis Kaschmir nur *Fanatiker* auftauchen. Unser Institut führt zahlreiche lokale Forschungen in Afghanistan durch. Bemerkenswert ist, dass bei den meisten Gruppen – auch solchen, die sich ›Taliban‹ nennen – Ideologien eine untergeordnete Rolle spielen, weil dort ganz praktische Dinge im Vordergrund des Interesses stehen. Ähnliches gilt auch für das Stichwort ›Terrorismus‹. Terrorismus ist heute ein globales Phänomen und nicht mehr eindeutig zu lokalisieren. Unbestritten gibt es in der Grenzregion zu Pakistan Camps, in den Terroristen ausgebildet werden, aber die gibt es auch woanders, z.B. in Somalia und in Kaschmir. Es wäre irrig, den Kampf in Afghanistan nur unter dem Aspekt der Terrorismusbekämpfung zu sehen.

Unser Problem mit Afghanistan ist, dass es dort keinen Staat gibt, der diesen Namen verdiente. Was wir dort vorfinden, können Politikwissenschaftler nur mit negativen Begriffen beschreiben. So ist die Rede von ›warlords‹, von ›Drogen‹ oder ›informellen‹ Phänomenen. Derzeit werden an den Konflikt zudem überwiegend *ethnische* Schablonen angelegt; so können wir nicht wahrnehmen, dass die Gesellschaftsordnung hochkomplex ist. Wir haben es aber nicht einfach mit einer ›vormodernen‹ Gesellschaft zu tun. Vor drei Jahren nahm ich an einer *Jirga*, einer traditionellen Stammesversammlung, in der Provinz Paktia im Grenzgebiet zu Pakistan teil, zusammen mit 180 bärtigen Stammesältesten. Ich bat meinen Gastgeber um Erlaubnis, ein Foto zu machen und fotografierte einen altehrwürdigen Afghanen. Überraschenderweise zückte daraufhin dieser Mann sein

Handy und machte ebenfalls ein Foto von mir. Afghanistan ist heute in vielen Bereichen sehr modern. Hunderttausende Afghanen leben im Mittleren Osten oder im Westen. Das Land ist eine Netzwerkgesellschaft, in der auch sehr moderne Werte gelten. Seine Gesellschaft als vormodern abzutun, wird ihr nicht gerecht. Unsere Unkenntnis dieser Gesellschaft ist seit 2001 das größte Problem: Die Militärintervention fand in einer *black box* statt, in einem Land, in dem seit über 30 Jahren Krieg geführt wurde und über das wir keine verlässlichen Informationen hatten. Man projizierte einfach die bei Militäreinsätzen auf dem Balkan, in Somalia oder anderswo gesammelten Erfahrungen auf dieses Land. Das konnte nicht gut gehen.

Wie wichtig ist der Einsatz in Afghanistan vom Standpunkt der NATO aus? Hier ragt das Motiv der Selbsterhaltung des Bündnisses heraus, weshalb ein Erfolg in Afghanistan gebraucht wird. Die Bevölkerung wird dabei leicht – nach kolonialer Manier – zum Objekt. Aber was denken und wollen eigentlich die Afghanen? Deckt sich das mit dem, was wir für sie wollen? Es ist kein Wunder, dass sich in den letzten Jahren das Bild der Bundeswehr- oder amerikanischen Soldaten als Befreier zu dem von Besatzern gewandelt hat. Viele Afghanen sind unsicher, wie es weitergehen wird. Viele Kommandeure kaufen Waffen auf, weil sie fürchten, dass die internationalen Truppen eines Tages abziehen. Die Lage ist von Unsicherheit und dem Gefühl geprägt, der Besatzung unterworfen zu sein.

Was sind die Zielsetzungen der internationalen Akteure beim Einsatz in Afghanistan? Befragte man die Vertreter aller Beteiligten, würde man feststellen, dass jeder eine andere Zielsetzung verfolgt. Für die Amerikaner steht die Bekämpfung des Terrors im Vordergrund. Für Deutschland spielt der Aufbau der Zivilgesellschaft bzw. der Demokratie eine große Rolle. Indien interessiert vor allem die Kaschmir-Frage. Dementsprechend fehlt bis heute ein kohärentes Konzept darüber, was man in Afghanistan will.

Nur 10% der Hilfsgelder, die für Afghanistan vorgesehen sind, kommen dort auch an. Das hat u.a. damit zu tun, dass alle beteiligten Staaten auch an der Koordinierung beteiligt sein wollen. Dafür werden weit über 50% der Gelder ausgegeben. Für den Einsatz in Afghanistan hat man eine Maschinerie von Nichtregierungsorganisationen (NGO), staatlichen Vertretern bis hin zum Militär in Bewegung gesetzt, die sich zunächst einmal selbst verwaltet und an den Afghanen völlig vorbeigeht. So fragen Afghanen zu Recht, weshalb sich eine NGO eine große Logistik aufbauen muss oder warum das *Provincial Reconstruction Team* (PRT) in Kundus eine räumliche Ausdehnung wie der Vatikan hat. Wozu und für wen wird so eine Infrastruktur aufgebaut? Man drückt sich fortgesetzt um die Frage herum, was man hier eigentlich will. So bleibt vieles unklar, wie z.B. auch die Frage, weshalb 2002/3 der Aufbau der afghanischen Armee so zögerlich voranschritt? Warum erklärt sich keiner bereit? Ganz einfach: weil die

Amerikaner angeworbenen Milizionären mehr Geld bezahlt haben, als die afghanische Armee bieten konnte. Verpflichtete man sich als Milizionär zum Kampf gegen die Taliban, erhielt man bis zu mehreren tausend Dollar im Monat, als einfacher Soldat dagegen 70 Dollar oder weniger. Solche Zielkonflikte lassen sich schwer lösen. Wer es mit dem Aufbau in Afghanistan ernst meint, darf nicht – wie die Weltbank – glauben, innerhalb von zehn Jahren hier einen Staat wie andere aufbauen zu können. Staatlichkeit ist in Afghanistan zwar in rudimentärer Weise vorhanden, wird aber anders verstanden als bei uns. Man hätte wissen können, dass dieses Vorhaben über Generationen angelegt sein muss. Die Dimension der Probleme wird durch die turnusmäßige jährliche Bestätigung des Bundeswehrmandats durch den Bundestag vertuscht.

Wer ist der Feind in Afghanistan? Auch das ist nicht klar. Die Antworten heißen ›Taliban‹ und ›Al-Qaida‹; seit 2001 werden beide meist in einem Atemzug genannt. Man muss aber immer wieder betonen, dass dies unterschiedliche Phänomene sind. Wer sind eigentlich die Taliban? Unter denen, die ich kennen lernte, waren z.B. arbeitslose Jugendliche, die keine Aussichten auf Jobs hatten und deshalb bei den Taliban anheuerteten. Oder es handelte sich um Stammesälteste, die gekränkt waren, weil ihre Gesetze und ihre Autonomie missachtet wurden. Auch religiöse Fundamentalisten und ehemalige Mudschaheddin sind darunter. Es kommen also ganz unterschiedliche Interessen zusammen. Die Taliban sind vor allem ein *lokales* Phänomen. Je nach Dorf, nach Stadt oder Region nimmt es unterschiedliche Färbungen an, mal stehen ethnische Dinge im Vordergrund, mal ökonomische. Sehr verschiedene Facetten spielen hier hinein. Ideologien sind jedenfalls von untergeordneter Bedeutung.

Entgegen der beobachtbaren Komplexität der Gesellschaft wird aktuell wieder versucht, in Afghanistan ein klares Feindbild zu schaffen. Die Gleichung lautet: Terroristen = Taliban = Paschtunen = Drogen. Diese Meinung wird immer häufiger laut, und das ist hochproblematisch. Am Beispiel Drogen wird das deutlich: In den USA fordert man weithin, den Drogenanbau in Afghanistan zu bekämpfen, weil sich die Taliban aus den Erträgen finanzieren. Wenn ich dagegen einwende, dass die Hälfte der afghanischen Regierungspersonen und auch die Präsidentenfamilie in den Drogenhandel involviert sind und dass im Süden Afghanistans fast jeder zweite Bewohner in den Drogenanbau verwickelt ist und dass jeder, der Macht ausüben will, am Drogenanbau beteiligt sein *muss*, herrscht meist großes Staunen. Viele Konflikte im Süden Afghanistans kreisen um das Thema Drogen. Die militärische Bekämpfung des Drogenanbaus führte dazu, dass die Konflikte eskalierten.

So verschwimmen manche Grenzen: Es stehen sich keineswegs immer der ›gute Staat‹ auf der einen und die ›bösen Taliban‹ auf der anderen Seite

gegenüber. Die Polizisten in Uruzgan z.B. mischen im Sommer und Frühjahr gerne bei der Drogenernte mit, verkaufen Informationen an die Taliban und an die staatlichen Akteure. So entwickeln sich dominierende Netzwerke und eine große Grauzone zwischen Gut und Böse. Um diesem Prozess gegensteuern zu können, wurde bisher immer die sogenannte ›Afghanisierung‹ empfohlen. Eine Formel lautete »*Afghans in the driver's seats*«, eine andere »*light footprint approach*«. Dieser Ansatz besagt zwar, dass die Afghanen Verantwortung übernehmen sollen, aber sie erhalten dafür bisher nicht die erforderlichen Ressourcen. Zugegeben, die afghanische Regierung ist korrupt. Aber sie wird auch in den nächsten zwanzig Jahren korrupt und von der Drogenökonomie beeinflusst sein. Bisher wird diese Regierung nicht ernst genommen. Wenn es darauf ankommt, wird ihr vorgeschrieben, wie sie sich verhalten soll. Das Bild des Landes bekommt immer wieder starke Züge von einem Protektorat. Die Eigenständigkeit, die man der afghanischen Regierung zuweist, hat sie eigentlich nicht. Dabei gibt es Ausnahmen: Innerhalb der afghanischen Armee, die seit kurzem mit hohen finanziellen Mitteln aufgebaut wird, sind auch gute Ansätze erkennbar. Hier steht man noch am Anfang. Man muss aber erkennen, dass eine größere afghanische Eigenständigkeit gefordert ist.

Seit 2006 nimmt die Gewalt in Afghanistan zu. Einerseits gab es mehr Selbstmordattentate, da die Taliban und viele andere lokale Kräfte sich reorganisierten. Aber die Gewalt nahm auch deshalb rasant zu, weil die Alliierten im Süden die Kämpfe in die Städte und Dörfer getragen haben. Bis dahin fanden die meisten Konfrontationen an Überlandstraßen statt. Mit dem vor allem von Amerikanern, Briten und Kanadiern verfolgten Konzept, nun Dörfer und Städte zu kontrollieren, wurde der Krieg in die Städte hineingetragen. Das erklärt, weshalb es zu hohen Opferzahlen unter Zivilisten kam. Längst wurde ein Strategiewechsel angekündigt, der aber bis heute nicht zu sehen ist. Man muss dringend eine andere Strategie finden.

Auch angesichts der im Herbst 2008 in den USA stattfindenden Präsidentschaftswahlen ist die deutsche Regierung bisher nicht bereit, ihre Afghanistanstrategie zu überdenken und pro-aktive Konzepte zu entwerfen. Man versucht, die Situation auszusitzen, obwohl man genau weiß, dass irgendwann die Forderung ›Deutsche in den Süden!‹ erhoben wird. Die Bundesregierung hat es vermieden, darüber zu diskutieren, unter welchen Bedingungen man in Afghanistan bereit ist, in Nordafghanistan zu bleiben oder vielleicht auch in den Süden zu gehen. Die Bundesregierung hat ihre Pro-Aktivität aufgegeben und ist gefangen in Passivität. Ich appelliere an die Politiker, die momentane Chance wahrzunehmen, den Amerikanern als wichtigstem Partner in Afghanistan bis Anfang nächsten Jahres zu präsen-

tieren, was wir in Afghanistan unter welchen Bedingungen machen wollen und können.

Roland Czada: Nachdem wir zunächst etwas über die internationale Lage des Konflikts erfahren haben, haben wir nun etwas über innergesellschaftliche Probleme, die Kultur und das Leben der Afghanen erfahren. Jetzt kommen wir zum militärischen Aspekt.

Bernhard Gertz: Ich spreche hier nicht für die Bundeswehr, schon gar nicht für die Bundeswehrführung, sondern für den Bundeswehrverband. Der Bundeswehrverband ist eine Interessenvertretung der Soldaten, eine Lobbyorganisation, eine NGO. NGOs haben den Vorteil, dass sie bei ihren Verlautbarungen auch über den leeren Teil des sprichwörtlichen ›Glases‹ sprechen dürfen und nicht nur über den vollen. Demgegenüber folgen die Gesetze in regierungsamtlichen Verlautbarungen der Ratio einer möglichst zu sichernden Wiederwahl, und deswegen redet man immer über den vollen Teil des ›Glases‹. Mängel und Defizite, die mit den Segnungen der Regierungsarbeit verbunden sind, rückt man nicht ohne Not in den Vordergrund. Es muss aber Leute geben, die das tun; deswegen wird manches, was von mir dazu gesagt wird, kritisch ausfallen.

Eine Binsenweisheit lautet: Militär kann keine politisch, religiös oder ethnisch motivierten Konflikte lösen. – Was aber kann das Militär überhaupt? Um das zu beantworten, will ich zunächst erläutern, was Militär definitiv *nicht* kann und nicht tun sollte – auch nicht in Afghanistan.

Militär sollte nicht den Eindruck erwecken, seine Aufgabe läge darin, *zivilen Wiederaufbau* zu machen und als leicht bewaffnetes Technisches Hilfswerk in der Heimat verkauft zu werden. Soldaten sind Waffenträger. Ihre Aufgabe ist es, zu kämpfen. Sie sind Teil der Exekutive, sie tragen einen Teil des staatlichen Gewaltmonopols auf ihren Schultern. Ihre Aufgabe ist es, im Auftrag der Regierung und des Parlaments notfalls mit Waffengewalt die ihnen gesetzten Ziele zu verfolgen. Gerade in den letzten Jahren haben die Regierenden und unsere Parlamentarier gerne darüber hinweggetäuscht, was denn der eigentliche Auftrag unserer Soldaten in Afghanistan ist: Wir sind *nicht* dort, um zivilen Wiederaufbau zu machen. Wir sind da, um einen möglichst *sicheren bzw. geschützten Rahmen* für zivilen Wiederaufbau zu schaffen, und das mit Einsatz von Waffen gegen die Gegner dieses Vorhabens.

In unserem ureigensten Interesse am Schutz unserer Truppen, der sogenannten *force protection*, gehen wir in Afghanistan taktisch bedingt auf Menschen zu, interessieren uns für sie und führen vertrauensbildende Maßnahmen wie z.B. kleine schnell wirksame Wiederaufbaumaßnahmen durch, so genannte *quick impact*-Projekte, die Vertrauen wecken und

stabilisieren. Das ist aber nicht der Hauptzweck unserer Anwesenheit. Der zivile Wiederaufbau muss von anderen Akteuren geleistet werden. Wir sind da, um dafür zu sorgen, dass dafür ein geschützter Rahmen besteht.

Was kann Militär überhaupt, das als *security assistance force* in Afghanistan ist und das nicht etwa hoheitliche Gewalt selbst ausüben kann, sondern allenfalls abgeleitet von der Autorität des souveränen afghanischen Staates? Es



Bernhard Gertz

kann bestenfalls für die vorübergehende Abwesenheit von

Kampfhandlungen sorgen. Das galt uneingeschränkt im klassischen Bürgerkriegsszenario. Aber in Afghanistan werden auch die Grenzen dieser Fähigkeit deutlich.

Eine militärische Beherrschung der Lage in der Weise, dass Selbstmordanschläge oder andere Anschlä-

ge mit sogenannten *improvised explosive devices* (IEDs) auszuschließen sind, ist selbst in einem Umfeld, in dem 98% der Bevölkerung einem zugeneigt ist, nicht möglich. Und den insbesondere im Süden und im Osten von Afghanistan geführten *war on terror* militärisch zu gewinnen, ist fast eine *mission impossible*.

Die dortige Rahmenbedingung ist eine offene, nicht kontrollierbare, willkürlich gezogene Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan mitten durch das Gebiet der Paschtunen. Diese Paschtunen haben die Grenze niemals als existent angesehen und bewegen sich von der einen in die andere Richtung, ohne das Gefühl zu haben, eine Grenze zu passieren. Die pakistanische Regierung ist weder bereit noch in der Lage, ernsthaft gegen die Infrastruktur vorzugehen, die sich unsere Gegner in Pakistan inzwischen aufgebaut haben. Das sind ungefähr 7.000 Koranschulen mit Rekrutierungsmöglichkeiten, Trainingscamps, Nachschubbasen. Wer meint, man könne mit elektronischen Maßnahmen oder mit mehr Soldaten diese Grenze in der Weise abriegeln, dass kein Austausch mehr möglich ist, befindet sich in einem Irrglauben.

Das zweite Problem, was wir – anders als im Norden – im Osten und im Süden Afghanistans haben, ist, dass wir uns in einem inzwischen offen feindseligen Umfeld befinden. Diese Feindseligkeit der Menschen unseren Verbündeten gegenüber, die im Süden operieren, hat damit zu tun, dass unsere Gegner eine Kampfaktik wählen, die, wenn man sie militärisch beantwortet, unweigerlich zu dem führt, was mit der furchtbaren Vokabel ›Kollateralschäden‹ ausgedrückt wird. Ist man in einem feindseligen Umfeld, bekommt man auch nicht mehr so viele Informationen aus der Bevölkerung, wie man braucht, um ein vollständiges und zutreffendes Bild der Situation zu haben, in der man sich befindet. Aufklärung besteht nicht nur aus elektronischer Aufklärung, aus Satellitenbildern oder aus Luftbildern von Tornados. Aufklärung stützt sich im Wesentlichen auch auf *human intelligence*, auf Menschen, die uns Informationen zutragen.

Unsere Soldaten im Norden befinden sich nach wie vor in einem überwiegend freundschaftlich zugeneigten Umfeld. Deswegen können unsere Soldaten, wie mehrfach in der Region Kundus geschehen, Waffenverstecke und Waffenlager ausfindig machen. Dies ist möglich, weil sie entsprechende Informationen bekommen. Solche Informationen bekommen unsere Verbündeten im Süden kaum. Deswegen ist es im Süden viel schwieriger, erfolgreich zu operieren, als im Norden.

Die Aussicht, dass künftig eine pakistanische Regierung in der Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten mehr leisten könnte, ist nicht gegeben. Die im Süden Afghanistans bestehende Instabilität führt auch zu mehr Instabilität in Pakistan. Die NATO und insbesondere die USA sind seit 2002 in Afghanistan und versuchen den *war on terror* militärisch zu gewinnen. Zugleich werden seither Forderungen erhoben, mehr militärisches Potential, mehr Soldaten, mehr Solidarität zu mobilisieren, und es wurde die Bereitschaft aller NATO-Staaten eingefordert, sich in diesem Kampf zu engagieren. Ich glaube nicht, dass es unsere Probleme im Süden und im Osten löst, wenn wir mehr Soldaten, mehr Fähigkeiten, mehr Solidarität aufbieten. Was wir brauchen, sind Konzepte, die eine *Stabilisierung des Paschtunengebiets* ermöglichen. Diese Konzepte haben wir nicht, und einfach so weiterzumachen wie seit 2002, ist doch kein Konzept. Den Glauben daran, Afghanistan militärisch befrieden zu können, hatten auch die Sowjets, deren ›ruhmreiche Rote Armee‹ mit vielen Soldaten in Afghanistan war, aber letztlich erfolglos blieb und wieder abmarschierte.

Wir müssen darüber nachdenken, wie es gelingen kann, dieses Land zu stabilisieren. Es ist nicht ganz falsch, was *Peter Struck* gesagt hat. Er sagte sinngemäß, dass wir in diesem Land sind, weil wir dafür sorgen wollen, dass von dort nicht mehr mit staatlicher Deckung oder Schutz Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen und international operierenden *Terroristen* ausgehen, die unsere Sicherheit in Deutschland und Europa und die

Sicherheit unserer Verbündeten gefährden können. Das wollen wir verhindern, das ist die Ratio. Wir sind nicht aus rein humanitären Gründen dort, sondern im ureigensten Interesse. Deshalb muss uns daran gelegen sein, Fortschritte zu erzielen. Es bringt nichts, immer über den militärischen Teil des Engagements streiten, der nur den Rahmen bilden soll. Wir müssen über die Inhalte reden, über die Mängel und Defizite beim Polizeiaufbau, beim Justizaufbau, bei der Entwaffnung, bei der Demilitarisierung, bei der Re-Integration von illegalen Kämpfern, bei der Bekämpfung von Drogenanbau und -handel etc.

Die einzigen, die neben den Amerikanern in Afghanistan Polizisten ausbilden, sind 45 deutsche Feldjäger in Masar-i-Scharif. Sie haben den Löwenanteil der Polizeiausbildung im Norden bestritten. Wir Deutsche haben es seit 2002 nie auf mehr als durchschnittlich 40 anwesende Polizeiausbilder gebracht, von denen immer 35 in Kabul, einer in Kundus, einer in Masar und einer in Faizabad waren. Will man aber erreichen, was das – inzwischen zurückgenommene – Ziel unserer Anstrengungen ist, nämlich in Afghanistan eine selbsttragende Sicherheitsstruktur aufzubauen, braucht man eine flächendeckend präsente, loyale und nicht korrupte Armee – und Polizisten. Dazu muss man sie in einem gewissen Umfang ausbilden und anschließend regelmäßig und in einem Umfang entlohnen, der die Existenz der Familie sichert und nicht dazu führt, dass man sich nach erfolgter Ausbildung sofort an den Meistbietenden verdingt. Dies war leider beim Streitkräfteaufbau lange der Fall. Außerdem geschah der Polizeiaufbau so unvollkommen, dass die *National Afghan Police* sehr hohe Opferzahlen zu beklagen hatte, was der Lage insgesamt abträglich war. Wir stehen also in wesentlichen Bereichen noch am Anfang.

Der Justizaufbau wurde Italien als *lead nation* anvertraut, wohl weil der Ruf der Effizienz der italienischen Justiz in der Welt hallt wie Donner. Im Ergebnis passierte bis zum Jahre 2007 gar nichts, dann hielten die Italiener eine Konferenz über den Justizaufbau ab. Was nützt der Aufbau einer Polizei, wenn es keine funktionierende Justiz gibt, wenn diejenigen, die sich als Richter und als Staatsanwälte bezeichnen bzw. als solche eingesetzt wurden, zum größten Teil Analphabeten sind?

Man könnte noch vieles zum Thema sagen; man sollte aber darauf achten, dass nicht immer nur die Zahl der Soldaten angeführt wird, nicht immer nur auf eine militärische Lösung des Problems geschaut wird. Im Süden militärisch erfolgreich zu sein, ist fast eine *mission impossible*, wenn wir uns nicht ein anderes Konzept einfallen lassen. Zwar ist nachvollziehbar, dass die Bündnissolidarität verlangt, dass wir uns auch im Süden engagieren. Als derjenige, der die Interessen der dorthin geschickten Soldaten zu vertreten hätte, kann ich aber einen solchen Einsatz im Süden nicht verantworten, wenn es keinen nachvollziehbaren Sinn, keine erkennbar

zielorientierte Anstrengung gibt, bei einem gesamtgesellschaftlichen Vorgehen auch Erfolg zu haben. Möglich ist, dass wir am Ende, wenn der Süden nicht stabilisiert werden konnte, ebenso erfolglos aus Afghanistan abziehen wie andere vor uns. Wenn es nicht ein Konzept gibt, mit dem wir versuchen, die Lebensverhältnisse der Menschen im Süden zu verbessern – was bisher nicht geschehen ist, im Gegenteil: die Verhältnisse haben sich im Vergleich zu anderen Regionen Afghanistans verschlechtert – werde ich immer dafür plädieren, dass deutsche Soldaten nicht in den Süden gehen, weil ich nicht verantworten könnte, dass man deutsche Soldaten in einen Einsatz schickt, von dem man weiß, dass er seit 2002 nicht funktioniert und bei dem es keinen Grund gibt, warum er, wenn er so fortgeführt wird, in der Zukunft funktionieren sollte.

Ein Wort noch zum Thema Ausrüstung: Zuweilen lassen verantwortliche Regierungsmitglieder und Parlamentarier im Fernsehen die wohlklingende Aussage verlauten, dass »unsere Männer und Frauen gut ausgebildet und ausgerüstet« seien. »Gut ausgebildet« kann ich bestätigen. Gut ausgerüstet? Dazu drei Beispiele: Der bis Ende letzten Jahres im Norden Afghanistans tätige *Regional Commander North*, General *Warnecke*, schreibt in seinem Erfahrungsbericht wörtlich: »Im Norden Afghanistans mit CH-53 zu rechnen, gleicht immer mehr einem Lotteriespiel.« CH-53 sind jene Bundeswehr-Hubschrauber, von denen sechs speziell geschützte Exemplare in Masar-i-Scharif stationiert sind. Mit diesen Hubschraubern muss der *Regional Commander North* die Rettungskette organisieren, wenn irgendwo etwas passiert, und die *Quick Reaction Force* ggf. vor Ort bringen. Kommen aber Tage – und das gibt sein Erfahrungsbericht wieder –, an denen nicht ein einziger seiner sechs Hubschrauber einsatzbereit ist, dann funktioniert weder eine Rettungskette, noch kann man eine *Quick Reaction Force* irgendwo hinbringen. Inzwischen hat die Bundesregierung sich entschlossen, dem Mangel abzuhelfen. In etwa einem Jahr können wir erwarten, dass zwölf Hubschrauber in Masar-i-Scharif sind und dürfen dann hoffen, dass gelegentlich einer einsetzbar ist.

Zweites Beispiel: Der Leiter des Erkundungsteams für die *Quick Reaction Force*, die in Masar-i-Scharif als Vorkommando eingetroffen ist, schrieb in seinem Erkundungsbericht, er rate davon ab, als Gefechtsfahrzeug der *Quick Reaction Force* den speziell mit einem Minenschutz versehenen Schützenpanzer »Marder 1A5« zu verwenden. Früher hatten diese Fahrzeuge keinen Minenschutz, da eine Landesverteidigungsarmee gewusst hätte, wo sie sich bewegt und wo eigene Minen verlegt sind. In einem Bürgerkriegsland, in dem Selbstmordanschläge mit Sprengstoff und Minen verübt werden, ist Minenschutz eine Überlebensfrage. Leider sind die »Marder« nicht konzipiert, diesen Minenschutz auf Dauer zu tragen und

gehen bereits beim Ausbildungsbetrieb regelmäßig kaputt. Dennoch müssen die Kameraden in Afghanistan mit diesen Fahrzeugen operieren.

Drittes Beispiel: Der »Dingo« ist ein kleiner, minengeschützter Radpanzer auf der Basis des Fahrgestells eines Unimogs. Der Unimog ist einst für landwirtschaftliche Zwecke entwickelt worden. Ergebnis: Nachdem auf dieses Fahrgestell ein Radpanzer mit Minenschutz aufgebaut worden ist, der in Afghanistan eingesetzt wird, gehen Fahrgestell und Achsen des Dingo immer öfter in die Knie. Wir brauchen aber Fahrzeuge, die auch unter den Bedingungen eines Bürgerkriegseinsatzes in Afghanistan auf Dauer die entstehenden Belastungen tragen können. Man kann seinen Auftrag, ein sicheres Umfeld für zivilen Wiederaufbau herzustellen, nur dann erfüllen, wenn auch die Ausrüstung dieser Aufgabe angemessen ist.

Roland Czada: Die Frage, warum die Bundeswehr in Afghanistan ist, wurde unterschiedlich beantwortet. Herr Teltschik beantwortete diese Frage mit dem Hinweis auf den 11. September und den damit eingetretenen Bündnisfall im NATO-Verbund. Über diese historischen Faktoren hinaus erklärte er die Notwendigkeit, dort zu bleiben, mit dem andernfalls drohenden Scheitern Pakistans, einer Atommacht, und den drohenden Folgen für Deutschland. Bekannt ist, dass dort, wo, wie im Süden Afghanistans, militärische Gewalt eingesetzt wird, die Zustimmung zur Regierung abnimmt, und zwar weit stärker abnimmt, als in Regionen, in denen nicht so intensiv gekämpft wird wie etwa im Norden. Wesentliche Voraussetzungen für einen günstigen Ausgang dieses Einsatzes sind zum einen ein militärisch bereitgestellter Sicherheitsrahmen, in dem sich die Gesellschaft entwickeln könnte, und zum andern ein funktionierender Staat. Ein Sicherheitsrahmen ohne Staat reicht nicht aus; das wäre bloß eine Militärherrschaft. Kann es aber einen funktionierenden Staat in einem Land geben, in dem die Polizisten zu Zeiten der Opiumernte in die Felder gehen, um etwas hinzuzuverdienen, in dem die Unterstützung der staatlichen Organe abnimmt und seine Legitimität im Süden dramatisch schrumpft? Was wäre, wenn 40 Nationen mit Truppen dort vertreten sind und von funktionierender Staatlichkeit nicht ansatzweise die Rede sein kann? Hätten wir dort dann ein »Protektorat«? Das ist ein mögliches Szenario. – Was kann noch alles passieren und wie ist das Schlimmste abzuwenden?

Horst Teltschik: Ich nannte Gründe für den Afghanistan-Einsatz, habe aber nicht erörtert, ob diese Gründe *ausreichend* waren, dorthin zu gehen. Die Summe der hier gemachten Aussagen führt mich als jemanden, der in der Politik einmal Verantwortung hatte, zu dem Resümee, dass es falsch war, dort hinzugehen. Man muss davon ausgehen, dass der Konflikt dort nicht zu gewinnen ist. Wir haben gehört, dass der Aufbau eines staatlichen

Rahmens von Rechtsordnung, von staatlich funktionierenden Institutionen Generationen dauern kann oder überhaupt nicht funktioniert, weil dort Stämme und *warlords* ihre eigene Politik verfolgen. Ich bin überzeugt davon, dass eine Demokratie im westlichen Sinn dort keine Chance hat. Dafür ist dort die Kultur, das Bewusstsein, die Erziehung nicht vorhanden. Angesichts der historischen Erfahrungen stellt sich in der Tat die Frage,



warum wir dort überhaupt hingegangen sind. Lager sind bombardiert und ausgeschaltet worden, die Taliban wurden verjagt. Damit kann man es genug sein lassen und das Land verlassen. Die Afghanen müssen selbst die Verständigung untereinander suchen.

Von der Rede des amerikanischen Verteidigungsministers *Robert Gates* auf der letzten Münchner Sicherheitskonferenz war ich geradezu verblüfft. Er forderte genau das, was auch Herr Gertz und Herr Schetter einfordern: Er sagte, dass wir eine »strategische Konzeption für die NATO und andere Partner« brauchen, in der festgelegt wird, was wir in Afghanistan erreichen wollen, »wir brauchen eine Strategie, eine Vision«. – Im Jahr 2001 sind wir nach Afghanistan hineingegangen, und 2008 stellt der wichtigste Bündnispartner fest, dass wir keine Strategie haben! Weiter sagte er, es gehe darum, »ein Bündel realistischer Ziele« zu entwickeln und eine »road map«, mit der festgelegt wird, wie diese Ziele in den nächsten drei bis fünf Jahren erreicht werden können.

Wir Deutschen erheben meist den Vorwurf, dass die Amerikaner immer mit Militär in die Länder hineingehen, Bomben werfen und eigentlich gar nicht wissen, was sie wollen. Da frage ich mich allerdings, wo die anderen 25 NATO-Partner sind. Deutschland ist in Europa der stärkste Partner:

Warum haben nicht die frühere ›rot-grüne‹ Bundesregierung oder die jetzige Große Koalition den Amerikanern längst Vorschläge für die Ziele und für die *road map* gemacht? Warum zeigen wir eigentlich immer mit dem Finger auf die Amerikaner? Wenn wir nicht einverstanden sind mit dem, was unsere amerikanischen Freunde tun, haben wir doch als Bündnispartner die Pflicht, unsere eigenen Vorstellungen zu entwickeln.

Der erwähnte amerikanische Verteidigungsminister sagte, dass wir dringend einen *senior civilian*, eine zivile Führungsperson, brauchen, die alle nichtmilitärischen, internationalen Unterstützungsmaßnahmen mit der afghanischen Regierung und Bevölkerung koordiniert. Das Fehlen einer solchen Koordination behindert entscheidend unsere Anstrengungen in Afghanistan, ein freies und sicheres Land aufzubauen. Seiner Ansicht nach sollte das ein Europäer sein. Wo aber haben wir die europäische Führungspersönlichkeit? Haben die Europäische Union oder die europäischen NATO-Staaten Anstalten gemacht, eine solche Persönlichkeit, der sich auch unser amerikanischer Bündnispartner unterordnen würde, zu finden und an die Spitze zu stellen? Die erhobenen Vorwürfe fallen also auch auf uns selbst zurück. Wenn wir das Erforderliche nicht leisten können, sollten wir aus Afghanistan abziehen und das Land sich selbst überlassen. Die Terroristen sind verjagt, die Taliban geschwächt und Drogenanbau und -handel können wir sowieso nicht verhindern.

Den Drogenanbau sehe ich allerdings kritischer als Herr Schetter: Das UN-Büro für Drogen und Kriminalität (UNODC) hat festgestellt, dass Afghanistan bei einer Anbaufläche von 70.000 Hektar mehr als 90% des Weltmarktes mit Drogen versorgt. Seit der Intervention von 2001 hat sich die Produktion von Rohopium verzwanzigfacht; 2007 wurden 8.200 Tonnen Rohopium exportiert, mit einem Erlös von 3,1 Mrd. Dollar für die Afghanen, was rund die Hälfte des Bruttonettoprodukts ausmachte. Diese Zustände muss man beenden, denn die Drogen kommen aus Afghanistan über Moldawien und die Ukraine bis zu uns nach Europa. Damit verbunden sind wachsende Gefährdungen durch AIDS. Osteuropa hat heute höchste AIDS-Infektionsraten. Durch Migration und Menschenhandel wächst auch bei uns wieder die Zahl der AIDS-Infizierten. Wir haben nicht nur das Problem Terrorismus, sondern viele Probleme.

Roland Czada: Unter der Herrschaft der Taliban ging der Drogenanbau in Afghanistan fast auf Null zurück. Eigentlich hätte man diese Regierung dafür loben müssen und versuchen, mit ihr ins Gespräch zu kommen.

Zur Frage der fehlenden Konzepte: Ein Konzept, das die Politikwissenschaft in derartigen Konfliktfällen anbietet, ist das der *Machtteilung*. In Afghanistan agieren verschiedene Mächte wie die Taliban, *Al-Qaida*, die jetzige Regierung und einige Stammesfürsten. Könnten sie nicht die Macht

unter sich aufteilen, so etwa wie in Europa nach Ende des Dreißigjährigen Krieges? Damals einigten sich die Mächte, Katholiken und Protestanten teilten sich nach der Friedensformel des Westfälischen Friedens die Macht: Wer nicht besiegt war, sollte an der Macht teilhaben. Auch manche deutsche Politiker forderten, mit den Taliban zu sprechen. Warum gilt diese Idee der Machtteilung und das Ausloten, ob man zu einer Machtteilung in der Exekutive kommen könnte, als abwegig? Wäre das nicht eine Möglichkeit, der Region eine funktionierende Staatlichkeit zu verschaffen?

Conrad Schetter: Eine Vorbemerkung zur Drogenthematik: Diese Debatte bleibt unehrlich, solange wir nur das Angebot skandalisieren und die Nachfrage unbeachtet lassen. Das Drogenproblem beginnt auf *unseren* Straßen, nicht in Afghanistan. Widersprechen möchte ich auch dem hier in der Diskussion oft vermittelten Bild von den rückwärtsgewandten, mittelalterlichen Afghanen, die angeblich ›nichts auf die Reihe gebracht‹ hätten. Als Historiker weiß ich von blühenden Reichen in Afghanistan, die für die Identität der Afghanen bis heute eine große Rolle spielen. So machte etwa *Mahmud von Ghazni* (971-1030) sein Reich zu einem Weltmittelpunkt seiner Zeit. Die Afghanen darzustellen, als könnten sie nur kämpfen, ist falsch, ebenso die Unterstellung, in allen 7.000 Koranschulen würden Militante ausgebildet.

Nun zur Idee der Machtteilung: Bei der Petersberg-Konferenz Ende 2001 entstand ein kaum zu vermeidender ›Geburtsfehler‹ der neuen Regierung. Ich habe mich sehr dafür eingesetzt, die Taliban ernst zu nehmen und auch mit ihnen zu sprechen. Diese Forderung hatte nach dem 11. September keine Chance, weil die Taliban stark dämonisiert wurden. Sie waren *der* Feind, stellvertretend für *Al-Qaida* und den 11. September. Das Regime galt vielen als Terrorregime, seit es Kabul 1997 in einen Friedhof verwandelt hatte. Es gab nicht die Chance, die Taliban in den Aufbau einzubinden. Dies geschieht in den letzten Jahren zunehmend, und zwar auf lokaler, Distrikt- oder Provinzebene. *Hamid Karzai* sagte vor kurzem, er wünsche noch mehr Taliban auf nationaler Ebene einzubinden. Auch ein Bundestagsabgeordneter erklärte mir kürzlich, er habe nichts dagegen, wenn die afghanische Regierung die Taliban einbinden würde. Warum kämpfen wir dann noch? Wozu dieser Krieg, wenn wir nichts dagegen haben, die Taliban einzubinden? Warum mussten im Süden inzwischen 6.000 Menschen jährlich sterben, und wozu dienen die häufigen Flächenbombardements? Wir haben hier offensichtlich ein Problem, einen Feind zu definieren. Ein wichtiger Schritt zur Stabilisierung wäre die Einbindung der alten Taliban-Eliten um *Mullah Omar*. Das aber passt nicht in unser Weltbild von der Gleichberechtigung der Geschlechter und von Demokratie.

In Afghanistan geht es nicht allein darum, Terror zu bekämpfen und den Staat aufzubauen, sondern auch darum, dorthin ein westliches, als universell erstrebenswert angenommenes Weltbild zu exportieren. Man lernt nun, dass dieses nicht von heute auf morgen machbar ist. Ein Umdenkprozess hat eingesetzt, der die Stabilität in den Vordergrund rückt, so kann es zu Arrangements mit den Taliban kommen. 2007 wurden *Wahlen* durchgeführt, die weder frei noch fair waren. Zugleich wurden Gouverneure »eingekauft« und in Position gebracht. Man versuchte einerseits, demokratische Legitimität herzustellen, andererseits ging es immer auch um Machterhalt. So wurde das Vertrauen der Afghanen in demokratische Prinzipien verspielt. Der demokratische Prozess begann hier ohne entsprechende Strukturen; man inszenierte ihn vor allem, um den Afghanistan-Einsatz in der Heimat zu »verkaufen«.

Letztlich geht es in Afghanistan um *Aushandlungsprozesse* zwischen dem Staat und der Bevölkerung. Diese können weder die Bundeswehr oder die amerikanische Regierung, noch die NGOs oder die internationale Gemeinschaft als Ganzes organisieren. Dabei geht es um die Neuverteilung von Macht, die sich symbolisch und im Zugang zu Ressourcen ausdrückt. Wir müssen in den nächsten Jahrzehnten mit einem defekten und korrupten afghanischen Staat leben. Man sollte sich darauf konzentrieren, die staatlichen Strukturen zu stützen. Das Auswärtige Amt hat gegenwärtig viel Geld zur Verfügung, von dem es nicht weiß, wie es in Afghanistan ausgegeben werden soll. Es wäre hilfreicher, z.B. in Deutschland und Europa gute Polizeiausbilder auszubilden, um langfristig auch für Afghanistan genügend Polizeiausbilder bereitstellen zu können.

Wichtig ist die Einbeziehung von *Pakistan* und seinen Interessen. Die Pakistanis sind in Afghanistan keineswegs beliebt. Frieden kann man in Afghanistan aber nur schaffen, wenn man die pakistanischen Interessen genau untersucht und stärker bedenkt. So steht z.B. das gewisse Wohlwollen der pakistanischen Militärs gegenüber den Taliban damit in Zusammenhang, dass die Inder sehr stark in Süd- und Ostafghanistan vertreten sind, dort Straßen bauen und Konsulate unterhalten. Der *Kaschmir-Konflikt*, die große Auseinandersetzung zwischen Indien und Pakistan, wird gegenwärtig auch in Afghanistan ausgetragen.

Eine letzte Bemerkung: Die Amerikaner können in Südafghanistan keine Sympathien mehr gewinnen; sie und ihre angelsächsischen Verbündeten haben dort jeden Kredit verloren. Wenn überhaupt die Option geprüft wird, ob die Bundeswehr in den Süden gehen soll, dann nicht mit den Amerikanern, sondern ohne sie.

Roland Czada: Herr Schetter rät, die Ansprüche an die Staatlichkeit, an Demokratie, an gesellschaftliche Modernisierung, an Übernahme westlicher Werte herunterzuschrauben und die Messlatte realistisch anzulegen.

Herr Teltschik verwies darauf, was es bedeuten würde, wenn man Afghanistan aufgäbe: Die NATO wäre einer Zerreißprobe ausgesetzt, würde sie dort vor aller Augen scheitern. Die Bundeswehr sitzt zwischen den Stühlen: Die Soldaten haben ihr persönliches Interesse im Auge, müssen aber auch das Interesse des Landes erkennen, dem sie dienen, und des Bündnisses, in dem sie eingebunden sind. Herr Gertz, bekommen eigentlich deutsche NATO-Generäle von ihren Kollegen in Brüssel oder anderswo gelegentlich den Vorwurf der Drückebergerei zu hören?

Bernhard Gertz: Unser Problem liegt eher auf der politischen Ebene. Wären wir der Meinung, das Vorgehen unser Verbündeten im Süden ist nicht erfolgversprechend, so wäre es unsere Pflicht, in der NATO ernsthaft darüber zu reden, welche Konzepte möglicherweise wirksam sein könnten. Wir aber haben diesen Dialog defensiv geführt. So konnte man uns vorhalten: Ihr seid nicht im Süden! Ihr habt weniger Opfer als wir! Ihr müsst solidarisch sein! Ihr müsst auch in den Süden kommen!

Die Bundesregierung erklärte, dass die Bundeswehr im Norden wichtige Aufgaben wahrnehme und deshalb dort bleiben müsse. Vor der Bundestagswahl 2009 will niemand eine Entscheidung für einen Einsatz im Süden treffen, weil man befürchten muss, dafür abgestraft zu werden. Man hätte vielmehr im Rahmen einer offensiven Kommunikationsstrategie ehrlich mit den Verbündeten beraten müssen, was zu verbessern wäre. Wir wissen ziemlich genau, was im Süden nicht optimal gelaufen ist: Die Kanadier z.B. waren offensichtlich in einem Irrtum über die vorgefundenen Rahmenbedingungen. Ein Teil ihrer Verwundeten und Gefallenen geht auf mangelhaften Informationsstand zurück. Wir haben das untersucht und kamen zu dem Ergebnis, dass manches aufgrund von Informationsdefiziten suboptimal vorbereitet und durchgeführt wurde. Ein Aufrechnen von Gefallenen in Nord- und Süd-, West- und Ost-Afghanistan ist für mich allerdings nicht überzeugend.

Man kann in der NATO einander ohne Schonung und Scheuklappen in aller Deutlichkeit sagen, was man will. Unsere amerikanischen Freunde verstehen mich, wenn ich ihnen sage, dass ich dagegen bin, an einer *mission impossible* teilzunehmen. Wenn wir aber eine *mission* definieren, die erfüllbar ist, gibt es für mich keinen Vorbehalt, dass deutsche Soldaten nicht dazu ihren Teil beitragen sollen. Deswegen bitte ich um genaue Unterscheidungen in dieser Diskussion: z.B. haben deutsche Soldaten, die im Norden afghanische Soldaten in so genannten *Operational Monitoring and Liaison Teams* (OMLT) ausbilden, ein Problem damit, ihre in den

Süden verlegten afghanischen Verbände, die sie nicht im Stich lassen wollen, nicht begleiten zu dürfen, weil die Bundesregierung das so festgelegt hat.

Dass deutsche Offiziere in NATO-Stäben die Dinge optimistischer sehen, als ich sie dargestellt habe, weil es in diesen Stäben viele gibt, die an einen militärischen Erfolg glauben, ist klar. Unsere Kameraden in der NATO stellen sich vor, dass man in ungefähr zwei bis drei Jahren so weit sein könne, dass eine flächendeckend präsente, funktionierende, loyale afghanische Nationalarmee die Aufgaben übernehmen kann, die bisher die Streitkräfte der Verbündeten haben. Ich halte das für eine sehr anspruchsvolle Zielsetzung. Wäre es so und würden wir das schaffen, wäre das genau der richtige Weg. Denn es kann nicht unsere Aufgabe sein, in Afghanistan unnötig viel Blut zu vergießen. Es muss vielmehr unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, dass die Afghanen selbst in der Lage sind, für ihre Sicherheit zu sorgen. Und wir müssen – um nicht das Wort *exit strategy* zu verwenden – mindestens einen *military endstate* definieren. Wir müssen sagen, was wir erreichen wollen, bis wir dieses Land verlassen können. Von der Bundesregierung und den politischen Parteien müssen wir verlangen, dass sie darüber diskutieren und diesen *endstate* definieren. Wenn Minister über Zeiträume von zehn oder fünfzehn Jahren sprechen, so ist dies keine konkrete Perspektive. Man muss konkrete Konzepte entwickeln, sich Ziele setzen und genau sagen, was man will. Dann kann man den eigenen Soldaten auch sagen, dass in absehbarer Zukunft ihr Auftrag erfüllt ist. Das würde ich meinen Kameraden wünschen, nicht aber, dass sie im Süden für eine verfehlte Konzeption ihr Blut vergießen.

Roland Czada: Herr Gertz, Sie sagen, Deutschland sei bisher zu defensiv gewesen und solle innerhalb der NATO pro-aktiv gestaltend werden. Das könnte für die Regierung nachteilig sein, und zwar nicht nur im Hinblick auf die nächsten Wahlen. Wer eine Führungsrolle gegenüber den Verbündeten anstrebt, wird sich auch militärisch selbst mehr beteiligen müssen. Die geübte Defensive ist ja auch ein Zeichen von Vorsicht, sich nicht hineinziehen zu lassen, nicht voranzugehen.

Aber nun wollen wir die Diskussion für das Publikum öffnen.

Publikum: Aus Sicht der Afghanen ist der nach dem 11. September 2001 begonnene Krieg ein Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und gegen Armut. So ist verständlich, warum zunächst große Euphorie herrschte. Seit 2004 aber verschlechtert sich die Lage, und zwar gerade dort, wo die Taliban am stärksten waren. Man kann Terrorismus nicht wegbomben, sondern muss nach seinen Ursachen fragen. Als Afghanin glaube ich, dass die Entfernung der Taliban aus der Regierung in Kabul falsch war, denn

so wurden zugleich ethnische Konflikte reaktiviert. Hinzu kommt, dass die internationalen Akteure uneins sind und die Koordination untereinander mangelhaft ist. Ein deutscher Reserveoffizier erzählte mir, dass in Kabul nachts auf ein deutsches Lager geschossen worden sei. Die dort patrouillierenden Amerikaner aber hätten die Weitergabe von Informationen über den Abschussort verweigert. Auch Menschenrechtsverletzungen durch die Alliierten, darunter in Guantánamo, wohin u.a. unschuldige Afghanen verschleppt wurden, sind für die Stimmung im Land bedeutsam.

Zum Stichwort ›Demokratie‹: Aus meiner Sicht gibt es in Afghanistan durchaus demokratische Strukturen. Viele hundert Jahre haben mehrere Völker und Religionen nebeneinander gelebt; wir haben die *Loja Jirga*. Einer Religion oder einem Stamm die Schuld am Konflikt zu geben, ist Schwarz-Weiß-Malerei. Ich habe bei meinen jüngsten Reisen dorthin insbesondere mit Frauen geredet. Das Bewusstsein vieler Menschen verändert sich, und gerade was die Frauen anbetrifft, gibt es eine Entwicklung.

Publikum: Willy Brandt hat einmal gesagt, von deutschem Boden solle nie wieder Krieg ausgehen. Darüber gab es einen breiten Konsens, der heute nicht mehr besteht. Deutschland führt Krieg an vielen Orten. Brandt sagte in der Nobelpreisrede auch, Kriegführen sei die *ultima irratio*, der größte Irrsinn aller Zeiten. In Afghanistan zeigt sich, dass Terrorismus nicht mit militärischen Mitteln zu besiegen ist.

Publikum: Im Jahr 2007 waren 232 NATO-Tote zu beklagen, im Jahr 2008 waren es bereits 87, insgesamt sind es schon fast 1.000 Soldaten. Meine Frage: Wäre es wirklich für die NATO existenziell bedrohlich, wenn sie eine relativ unwichtige Operation wie Afghanistan beendete und dort herausginge? Im Rahmen einer Fehlerauswertung könnte man feststellen, dass die dort anwesenden 40 Parteien nicht hinreichend miteinander kommuniziert und unterschiedliche Konzepte verfolgt haben. Wäre es auf lange Sicht nicht sogar ein Vorteil für die NATO, zu sehen, welche Fehler in einer Operation an der Peripherie gemacht worden sind, um in der Zukunft besser vorzugehen? Der Einsatz in Afghanistan wird kein Erfolg mehr werden. Mit den Taliban aus einer Position der militärischen Schwäche heraus zu verhandeln, ist wenig erfolgversprechend, also wird die NATO da über kurz oder lang hinausgehen.

Horst Teltschik: Es wurden einige weit reichende und grundsätzliche Fragen gestellt. Ob für Deutschland, wenn es eine Führungsrolle übernimmt, die Gefahr besteht, tiefer hineingezogen zu werden? Wenn die Entwicklung in Afghanistan so weitergeht, werden wir militärisch ohnehin mehr hineingezogen. Man kann auch durch Nichtstun tiefer hineingezogen

werden, wenn die Sicherheitslage im Norden sich verschärft. Die Deutschen sollten eine intellektuelle Führungsrolle in Bezug auf Konzepte, Ziele und Strategien übernehmen. Das ist besser, als militärisch tiefer verwickelt zu werden und nicht zu wissen, wie man wieder herauskommt und welche Ziele verfolgt werden. Diese Ziele dort müssen nicht nach unseren, sondern nach afghanischen Maßstäben definiert werden. Aber wer definiert? Wir von außen für die Afghanen? Oder die Regierung *Karsai*? Oder die Bürger von Afghanistan oder die NGOs?

Ich unterstütze die Ansicht, dass wir unsere Demokratie nicht überall hinbringen können. Diesen Fehler machen wir nicht nur in Afghanistan. Wir verlangen überall Menschenrechte und Demokratie, gegenüber Russland, China, Afghanistan. Dort will man das gar nicht oder nur begrenzt. Die Afghanen sollen selber definieren, was sie wollen. Aber auch dann, wenn sie z.B. sagen, dass Mädchen nicht in die Schule dürfen? Alle Mächte könnten aus Afghanistan abziehen und schauen, wer dort die Herrschaft übernimmt: Paschtunen, Taliban oder wer auch immer, die dann beschließen, dass Frauen nicht in die Universität sollen und Mädchen nicht in die Schulen. Der Präsident der Universität Kabul war kürzlich in München zu Gast. Er sagte, dass in Kabul jetzt 20% der Absolventen Frauen seien, die ins Examen gehen und darauf warteten, beruflich tätig werden zu können. Dazu braucht man aber Sicherheit, um die sich im Augenblick die NATO und andere Verbände kümmern.

Im Westen gibt es keine konsistente Strategie oder Vorstellung, wie man mit dem arabischen bzw. islamischen Raum umgehen soll. Saudi-Arabien begegnet man, als wäre es eine Demokratie. Keiner fordert von den Saudis Menschenrechte ein; aber von den Russen! Man könnte auch die Position einnehmen, die Region sich selbst zu überlassen und ihre Probleme selbst lösen zu lassen. Geld ist dort genug vorhanden, wenngleich es auch bettelarme Staaten gibt, die nichts bekommen von den Reichen.

Warum entwickeln wir keine Strategien, um Kriege zu *verhindern*? Zum Beispiel in Jugoslawien: 1990 zeichnete sich ab, dass das Land zerfallen würde. Vier Kriege wurden geführt; Hunderttausende starben. Erst dann bekamen die Menschen dort die Perspektive der Mitgliedschaft in der Europäischen Union angeboten; ein Stabilitätsfonds wurde gegründet und man verlangte, dort eine Marktwirtschaft einzurichten. Warum wurde das nicht 1990/1991 angeboten und das Geld, das der Krieg kostete, in deren Topf getan? Die Kriege im Irak und im Kosovo kosteten bisher 2 Billionen Dollar. Was hätte man nicht alles mit diesem Geld machen können? Da sind die Deutschen und die Europäer gefordert, Vorschläge für die Entwicklung dieser Regionen zu machen. Aber man schimpft auf die Amerikaner, die angeblich alles mit Militär lösen wollten. Als die Amerikaner im

Irak einmarschierten, gab es doch außer einem ›Nein‹ der Europäer keine Alternative. Warum haben wir z.B. nicht mit allen Nachbarstaaten des Iraks einen Gipfel durchgeführt, um Alternativvorschläge zu erarbeiten?

Die Regierung Schröder hat nur »Nein« gesagt, und das war zu wenig, ebenso wie die Feststellung zu simpel ist, die Amerikaner seien dort einmarschiert und nicht wir. Für die Zukunft der NATO ist wichtig, dass eine Lösung gefunden werden muss, wie man mit Terrorismus umgehen kann. Mit militärischen Mitteln ist das nicht lösbar. Man schaue nur unseren Bundeshaushalt an und sehe, was dort an Entwicklungshilfe vorgesehen ist. Alle diese Punkte sollten auch einmal im Bundestag diskutiert werden und nicht nur hier.

Conrad Schetter: Eine Ergänzung zum Problem der Grenzsicherung zwischen Afghanistan und Pakistan, einem Problem aus kolonialer Zeit: Man muss wissen, dass es starke Verbindungen zwischen beiden Bevölkerungen gibt. Wird ein Afghane in Kundus krank, sucht er, wenn er kann, Hilfe in Pakistan. Täglich passieren Hunderttausende diese Grenze, denn ein Großteil der afghanischen Bevölkerung ist von den intakten Strukturen in Pakistan abhängig. Diese Grenze wird von Afghanistan politisch nicht anerkannt, und ein Präsident, der sie anerkennen würde, wäre nicht mehr lang im Amt. Auch Pakistan will diese Grenze nicht unter Kontrolle bringen, weil ihre Durchlässigkeit Teil seiner informellen Ökonomie ist. Beide Länder haben kein Interesse daran, diese Grenze anzuerkennen oder zu kontrollieren.

Um das Drogenproblem abzustellen, wird immer wieder diskutiert, die afghanischen Drogen aufzukaufen und z.B. zur Morphinherstellung zu verwenden. Doch die Hersteller in den USA, Frankreich, Türkei und Australien sind nicht bereit, ihr Monopol zu teilen. Die globale Menge an Opium, die für die Herstellung von Morphin benötigt wird, entspricht derjenigen Menge, die in Afghanistan angebaut wird. Aber selbst wenn man das Opium aufkaufen würde, bliebe die Nachfrage nach Drogen bestehen, und wenn der Rohstoff nicht zusätzlich in Afghanistan angebaut wird, würde er in Tadschikistan, Pakistan oder in Somalia erzeugt werden. Viele Afghanen erleben zum ersten Mal in ihrem Leben einen wirtschaftlichen Aufschwung durch Opiumanbau. Auf den Opiumhandel trifft im Grunde alles zu, was auch die Entwicklungspolitik will: Es ist eine Wachstumsökonomie, den Leuten geht es besser, Innovation von unten, bis zum Beginn der Bekämpfung des Anbaus vor drei Jahren gab es keine Kartelle – nur das Produkt ist leider das falsche.

Zur Demokratie: Es gibt gewisse lokale Strukturen in Afghanistan, auf die aber der Begriff Demokratie nicht zutrifft. ›Partizipation‹ wäre da ein zutreffender Begriff. In unseren mehrjährigen Feldforschungsprojekten

mussten wir immer wieder feststellen, dass es gängige Praxis der internationalen Gemeinschaft ist, diese lokalen Strukturen *nicht* zu beachten. Ein dort scheinbar bestehendes Vakuum wird durch westliche Legitimationsstrukturen überlagert. Man verkennt dabei, dass in Afghanistan sehr wohl Legitimationsstrukturen vorhanden sind, sei es über die Abstammung oder über die Religion oder über direkte Partizipation. Warum können diese Strukturen nicht eingebunden werden; warum werden sie negiert? Bisher negiert sogar das *national solidarity program* der afghanischen Regierung – das größte *local governance*-Programm der Welt – diese Strukturen. So



Conrad Schetter

sehen sich viele Afghanen in ihrer Identität, in ihrem Stolz, nicht anerkannt. Bestehende Legitimationsstrukturen sollten nicht von heute auf morgen als obsolet gelten. Gerade hier müssten die Afghanen mit ihren eigenen lokalen Facetten und Strukturen hervorgehoben, einbezogen und wahrgenommen werden. Ich finde allerdings auch die Forderung

problematisch, alles ausländische Militär solle Afghanistan verlassen. Die Verantwortung für dieses Land sind wir dadurch nicht los. Im Jahr 2001 habe ich entschieden gegen die Intervention in Afghanistan Stellung bezogen und gesagt, dass, wenn die Soldaten dort reingehen, sie auch dort bleiben müssen und sich nicht einfach wegstehlen können. Seit 1979 sind ausländische Akteure in Afghanistan, zunächst die Sowjets, nun die Amerikaner und ihre Verbündeten. Der staatliche Zerfall in Afghanistan mit über einer Million Toten dauert also seit fast dreißig Jahren an. Dafür tragen die westliche Staatenwelt und die Sowjetunion Verantwortung, und dieser kann sich niemand entziehen.

Jetzt ist wirklich der Zeitpunkt, um über Verantwortung und den Umgang damit zu reden. Das Land zu vergessen, ist kein gangbarer Weg. Wie könnten erste Schritte aussehen? Zum einen sollten die Afghanen selber mehr Verantwortung übernehmen. Warum stärkt man nicht diesen Staats-

apparat? Warum sagt man nicht, wir investieren in diesen Staat? Damit wäre man bei den Akteuren, und hier ist es zunächst Aufgabe des afghanischen Staats, seine Ziele, Interessen und seine Zukunft zu definieren.

Bernhard Gertz: Kritisiert wurde, dass Deutschland Krieg an vielen Orten führe und in Afghanistan eine völlige Unverhältnismäßigkeit zwischen den Aufwendungen für Wiederaufbau und denen fürs Militär bestünde. Da muss ich widersprechen: Im Norden Afghanistans hat es ein weitgehend erfolgreiches Vorgehen gegeben. Dies belegen wissenschaftliche Umfragen der Freien Universität Berlin. Betroffene Bürger und Menschen im Norden haben demnach eine Besserung ihrer Sicherheitslage und Lebensverhältnisse bestätigt und dies in erster Linie der Anwesenheit der ausländischen Truppen und der zivilen Aufbauhelfer zugerechnet, nicht der eigenen Regierung oder ihren *warlords*.

Wenn wir Gegner dieses zivilen Wiederaufbaus zu bekämpfen haben, werden wir *Krieg* führen müssen. Dies haben wir bereits getan, und wir werden es wieder tun. Dieses Faktum bei seinem Namen, *Krieg*, zu nennen und sich nicht drum herumzuzogeln, ist richtig. Man soll auch nicht so tun, als seien Menschen, die *gefallen* sind, einem ›Einsatzunfall‹ erlegen, und Menschen, die *verwundet* sind, lediglich verletzt worden. Wir müssen zu einer ehrlichen Sprache kommen. Andernfalls werden auch die Menschen in Deutschland nicht verstehen, was wir eigentlich tun.

Wäre ein Abzug aus Afghanistan für die Zukunft der NATO existenziell bedrohlich? Ich fürchte, ja. Ich glaube aber nicht, dass die Frage des Abzugs in Kürze gestellt wird. Vielmehr ist es dringlich, dass wir in der NATO offen miteinander reden, und hier müssen wir Ehrlichkeit erwarten. Dazu gehört, dass z.B. die Bundesregierung in regierungsamtlichen Dokumenten nicht länger behauptet, unsere Rolle beim Polizeiaufbau von 2002 bis 2006 als *lead nation* sei eine einzige Erfolgsgeschichte gewesen – sie war nämlich leider ein einziges Desaster. Kritische Bilanzierung sollte bei uns selbst beginnen, gerade wenn man auch anderen Seiten Verantwortung und Schuld zuweist. Wir sind trotz langer, teils bitterer Erfahrungen nicht bereit, mit unseren Verbündeten offen darüber zu reden, was wir im gemeinschaftlichen Vorgehen verbessern müssen. Es gibt ja nicht nur keine Koordination zwischen dem Kommando der ISAF und dem UN-Beauftragten, dem EU-Beauftragten und der afghanischen Regierung. Es gibt selbst im eigenen Land keine wirksame Koordination. Hier müssten das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, das Innenministerium und das Verteidigungsministerium *zusammenwirken*, damit das stattfindet, was ›ziviler Aufbau‹ ist.

Wer einschlägige Parlamentsdebatten studiert, wird feststellen, dass immer nur über den militärischen Teil der Aufgabe geredet wird. Die

anderen Ministerien drücken sich, nehmen gar nicht teil. Will der Gesetzgeber aber das Land stabilisieren, so muss der Deutsche Bundestag ein *umfassendes* Mandat beraten und beschließen, auch wenn er nicht konstitutiv für alles zuständig ist. Die Polizei z.B. ist bekanntlich in Deutschland zu großen Teilen Ländersache. Über die Erfordernisse des Aufbaus der Polizei, über die notwendigen Ressourcen und den Umfang der Aufgabe insgesamt müsste der Bundestag für alle Zuständigkeiten von Bundesministerien entscheiden. Tatsächlich debattiert man im Bundestag bloß immer die Obergrenze der Anzahl von Soldaten.

Die Forderung eines sofortigen Abzugs aus Afghanistan ist keine Lösung, denn damit würden wir alles verraten, was wir bisher getan haben. Nach dem 11. September 2001 gab es weitere Terroranschläge, etwa auf Vorortzüge in Madrid, auf U-Bahnen und Busse in London. Ebenso hätte es Anschläge in München, Hamburg und Berlin geben können, und dass es sie noch nicht gab, grenzt an ein Wunder. Afghanistan wieder sich selbst zu überlassen und damit denjenigen, die von dort aus in der Vergangenheit erfolgreich gegen uns operiert haben, ist keine Option.

1 Mehr Soldaten für Afghanistan – Human Rights Watch-Chef Kenneth Roth kritisiert deutsches Engagement als unzureichend. ddp-Wortlautinterview vom 4. Feb. 2008.